



## **Begrüßung**

**Ministerpräsident a.D. Prof. Dr. Bernhard Vogel**

**Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung**

## **Internationale Konferenz**

**Demokratie auf Kuba:**

**Auf der Suche nach gemeinsamen Initiativen**

**Donnerstag, 25. April 2007, 09:30 Uhr**

**Akademie der Konrad-Adenauer-Stiftung,**

**Berlin**

Es gilt das gesprochene Wort.

**Verehrter Präsident Havel,**

**Verehrter Präsident Walesa,**

**Verehrter Präsident Lacalle,**

**Verehrter Präsident Meidani,**

**Exzellenzen,**

**Sehr geehrter Damen und Herren,**

es hat eine lange Tradition in der jetzt über fünfzigjährigen Geschichte der Konrad- Adenauer-Stiftung, solidarisch für Freiheit und Menschenrechte in der ganzen Welt einzutreten. Überzeugte Demokraten hatten und haben in uns immer einen Verbündeten und Fürsprecher, der mit Rat und Tat hilft, wo immer dies nötig ist. Das wissen die, die in Mittel- und Osteuropa unter Diktaturen und totalitären Systemen gelitten haben ebenso wie unsere Freunde in Südeuropa lange vor dem Beitritt Spaniens, Portugals und Griechenlands zur Europäischen Union; das wissen die Gegner der Apartheid in Südafrika und das ist immer noch Gegenstand von Dank und Anerkennung in Chile, in Argentinien und in Mittelamerika. Das war bei denen, die auf sogenannte „Realpolitik“ und die Unterordnung von Prinzipien unter wirtschaftliche Interessen setzen, keineswegs immer populär. Manchmal fühlt man sich heute an die Debatten von damals erinnert, wobei nicht alle immer ein besonders gutes Gedächtnis haben.

Es ist, glaube ich, keine Überraschung, dass heute hier bei uns in der Akademie der Konrad-Adenauer-Stiftung – wo es um Freiheit und Gerechtigkeit, Menschenrechte und Demokratie auf Kuba geht – viele sitzen, deren Erinnerung an eigenes erlittenes Unrecht und Unterdrückung noch präsent ist. Das gilt ganz besonders für den Initiator dieser Konferenz, Vaclav Havel, der am eigenen Leib erfahren hat, was es heißt, in einer kommunistischen Diktatur zu leben. Verehrter Herr Präsident, lieber Herr Havel, seien Sie uns herzlich willkommen.

Das trifft in gleicher Weise auch auf die beiden deutschen Mitglieder des Internationalen Komitees für Demokratie auf Kuba zu, die Bundestagsabgeordneten Arnold Vaatz und Markus Meckel sowie auch auf unsere Freunde, von denen einige heute hier zu Gast sind, aus der tschechischen Republik, aus Polen, aus Ungarn, aus dem Baltikum und den Staaten der ehemaligen Sowjetunion. Ihnen allen und insbesondere dem Internationalen Komitee für Demokratie auf Kuba mit Vaclav Havel an der Spitze bin ich für diese Initiative dankbar und dafür, dass Sie mit der Konrad-Adenauer-Stiftung und dem Internationalen Schwedischen Liberalen Zentrum gemeinsam diese Veranstaltung durchführen. Außerdem ist Berlin, wenn es um Fragen der Freiheit geht, allemal ein guter Platz!

Wir haben es früher oft gesagt: die, die das Glück haben, in Freiheit zu leben, haben eine besondere Verantwortung für all die, denen dies noch nicht vergönnt ist. Das bleibt auch in einer Zeit aktuell, wo

wir sehen, dass nicht alle Hoffnungen auf eine weltweite Demokratisierung, die mit dem Fall der Mauer und dem Ende des Kalten Krieges verbunden waren, Wirklichkeit geworden sind. Wo uns vielmehr jeder Tag beweist, dass auch demokratische Transition kein unumkehrbarer Prozess ist und Freiheit jeden Tag von aktiven Bürgern verteidigt und immer wieder neu gefestigt werden muss. Unsere politische Bildungsarbeit in Deutschland richtet sich an dieser Erkenntnis ebenso aus wie die Arbeit mit Partnern in rund 200 Projekten auf der ganzen Welt.

Die Konrad Adenauer Stiftung, meine Damen und Herren, hat ihr Eintreten für die Menschenrechte nie davon abhängig gemacht oder sich beeinflussen lassen, ob diese Menschenrechte vom linken oder rechten politischen Spektrum missachtet wurden. Das haben meine Eingangsbeispiele sicher schon zeigen können. Umso mehr betrübt es – dafür sind die Reaktionen im Umfeld dieses Kongresses ein anschauliches Beispiel - dass es immer noch Menschen und Organisationen gibt, die ihr Engagement für die Menschenrechte davon abhängig machen, ob in einem Staat nun eine linke oder eine rechte Diktatur am Werke ist, davon, ob die Befehlshaber an der Spitze sich nun *Commandantes* oder Generäle nennen.

Und wenn es um Kuba und seine Symbolfiguren geht, mischen sich noch weitere Faktoren in die Betrachtung, die leicht den Blick auf die Realitäten verstellen. Da ist der Mythos der Revolution und von Fidel Castro selbst, der seine Stellung behauptet. Da ist ein zwar an

allen Fronten der Realität gescheiterter Ché Guevara, dessen Visionen aber immer noch zu romantischer Verklärung und zum Bedrucken von T-Shirts in aller Welt taugen. Und da sind die sogenannten Errungenschaften in Bildung und Gesundheit, die Kuba in den Augen auch vieler unvoreingenommener Betrachter als erfreulichen Kontrast zu einigen lateinamerikanischen Nachbarn der Insel erscheinen lassen.

Wer weiß heute noch, dass auf Kuba die Kommunisten zeitweise mit eigenen Ministern der Regierung jenes Fulgencio Batista angehörten, den Fidel Castro später mit Waffengewalt verdrängte? Wer erinnert sich, dass es nach dem Sieg der Revolution Ché Guevara war, der auf der Festung La Cabaña mit Dutzenden von Gegnern kurzen Prozess machen ließ und ihnen ein Gerichtsverfahren vorenthielt, wie es Castro selbst nach seinem gescheiterten Sturm auf die Moncada-Kaserne erlebte? Auch darüber sollte der eine oder andere heute vielleicht einmal nachdenken, wenn er mit dem Finger auf Exilanten und politische Flüchtlinge zeigt und ihnen die Legitimation absprechen will, in Fragen des eigenen Heimatlandes mitzureden.

Und wer erinnert sich schließlich noch an die Rolle, die Fidel Castro in der Raketenkrise spielte, die die Welt Anfang der sechziger Jahre an den Rand eines Atomkrieges brachte. Heute zugängliche Archive offenbaren da doch sehr eindrucksvolle Fundstücke. Eines davon, einen Auszug aus einem Brief des damaligen Generalsekretärs der

KPdSU, Nikolai Chruschtschow, vom 30. Oktober 1962 will ich Ihnen nicht vorenthalten. Dieser schreibt an Fidel Castro:

*„Sie haben uns vorgeschlagen, als erste einen nuklearen Schlag gegen das Territorium des Feindes auszuführen. Sie wissen sicherlich, was das für uns für Folgen haben würde. Dies wäre nicht nur ein einfacher Schlag, sondern der Beginn eines thermonuklearen Krieges. Lieber Genosse Fidel Castro, ich halte Ihren Vorschlag für inkorrekt.“*

Und „inkorrekt“, meine Damen und Herren, ist dabei sicher noch eine sehr freundliche Floskel unter sozialistischen Bruderstaaten.

Das ist die Historie, aber die Gegenwart sieht gerade für überzeugte Demokraten auf der Insel keineswegs erfreulicher aus: Immer noch und seit nunmehr vier Jahren sind die meisten Aktivisten des „kubanischen Frühlings“ unter menschenunwürdigen Bedingungen in Haft – die eindrucksvollen Sonntagsdemonstrationen ihrer Familienangehörigen, der „Damen in Weiß“, erinnern uns permanent daran. Immer noch sind die einfachsten demokratischen Lebensäußerungen, selbst wenn sie sich innerhalb des kubanischen Verfassungsrahmens bewegen wie das „Varela-Projekt“ unseres Freundes Oswaldo Payá, von Repression bedroht. Diese erfasst in der Regel auch die Familien der Beteiligten in bedrückender Weise. Und immer noch warten die Kubaner darauf, sich endlich frei informieren zu können, sei es in Presse, Hörfunk oder Fernsehen oder sei es – wie dies für Millionen gerade junger Menschen überall auf der Welt heute selbstverständlich ist – über das Internet.

Diese Liste ließe sich fortsetzen, und dabei ist der wirtschaftliche Kampf ums tägliche Brot vieler Bewohner Kubas noch gar nicht erwähnt: vielen Touristen bleibt nicht verborgen, dass es neben den schönen Badestränden mit ihren Luxushotels, neben den restaurierten und gepflegten Devisenrestaurants in Havannas Altstadt eben auch die eigentliche Realität gibt: die von Menschen, die mit umgerechnet acht bis zehn Dollar im Monat überleben müssen, die für rationierte Lebensmittel Schlange stehen, für die, sofern es in der Familie keine Kinder unter sieben Jahren gibt, Milch ein absolutes Luxusprodukt ist. Da hilft den Kubanern dann auch die Regierungslosigkeit nicht weiter, auf Haiti sei es noch schlechter! Der Blick der Kubaner, meine Damen und Herren, hat sich, wie sie wissen, noch nie auf Haiti als Vergleichsmaßstab gerichtet. 1957, zwei Jahre vor der Revolution etwa und auch das nur zur Einordnung der Entwicklung, lag Kuba im lateinamerikanischen Vergleich bei der Dichte an Fernsehgeräten und Telefonen ebenso an der Spitze wie bei Zeitungen und privaten Motorfahrzeugen! Auch das hat sich ja leider nun gründlich geändert.

Da hilft es immerhin, wenn man ein externes Feindbild zur Hand hat und die „Embargo-Politik“ der Vereinigten Staaten für alles Ungemach verantwortlich machen kann. Auch ist es damit leicht, innerhalb und außerhalb Lateinamerikas Solidarität einzuheimsen. In der Tat: auch aus unserer und aus europäischer Sicht ist dieses

Embargo – wenn auch mittlerweile vielfach durchlöchert – kontraproduktiv.

Das alles aber, meine Damen und Herren, rechtfertigt in keiner Weise die politische Unterdrückung auf Kuba. Auch wir sind nachdrücklich der Meinung, dass demokratische Veränderungen von Kuba und den Kubanern selbst ausgehen müssen – aber Veränderungen und eine demokratische Öffnung sind unausweichlich. Die Menschen auf Kuba können dabei mit unserer Unterstützung rechnen und ich hoffe, dass alle Staaten der Europäischen Union dabei eine engagierte und konstruktive Rolle spielen werden, ganz so, wie es der höchste Außenpolitiker der Union, Javier Solana, vor wenigen Tagen in Mexiko formuliert hat: „Je früher die Kubaner ihre Freiheiten zurückerhalten, umso besser.“

Dies steht ganz im Einklang mit dem, was auch wir uns wünschen und mit dem, was ein gerade verabschiedetes gemeinsames Manifest der demokratischen kubanischen Opposition ausdrückt. Respekt für alle Menschenrechte aller Kubaner, für Demokratie, für soziale Gerechtigkeit, für Freiheit, Versöhnung und nationale Selbstbestimmung, das sind ihre gemeinsamen Ziele. Und dem kann man sich nur anschließen.

Zum Schluss möchte ich noch einmal Vaclav Havel, dem Internationalen Komitee für Demokratie auf Kuba sowie den Abgeordneten Vaatz und Meckel und ihren Mitarbeitern und People



in Need für die Zusammenarbeit bei der Organisation dieser Konferenz und allen Referenten für ihr Mitwirken danken. Lassen Sie mich mit einem Zitat schließen und der Veranstaltung damit einen guten und erfolgreichen Verlauf wünschen:

*„Jetzt gibt es keine Zensur, die Presse ist frei, und Ihr könnt sicher sein, daß eine Zensur niemals wieder eingeführt wird. Heute gibt es keine Folter, keine Attentate, keine Diktatur. Heute gibt es nur Freude ...“.*

Das, meine Damen und Herren, ist keineswegs eine prophetische Aussage. Das sagte Fidel Castro bei seinem siegreichen Einzug in Havanna am 9. Januar 1959. Und dass dies endlich Realität wird, dafür werden wir weiter arbeiten.